

Drachenkampf in Computerland

VON JOSEF JOFFE

Da die Amerikaner ihren Kapitalismus ernst nehmen, attackieren sie regelmäßig die Mächte, die etwa in Europa im Schutz oder gar im Namen des Staates den Markt zu ihrem Vorteil verformen. Ein staatliches Eisenbahn- oder Telephonmonopol hat es dort nie gegeben, und die Antitrust-Gesetze des späten 19. Jahrhunderts wurden erst im 20. zum Modell in Europa. Die Prämisse ist simpel: Monopole oder Kartelle werden stets die Konkurrenz abwürgen, die Preise hochtreiben und den technischen Fortschritt lähmen. Man denke nur an die alte Bundespost. Hätte sie das Telephonmonopol noch, würden wir womöglich noch heute mit schwarzen Scheibenapparaten hantieren.

Die Standard Oil des Räuberbarons Rockefeller und der Telephonriese Bell waren die berühmtesten Opfer der US-Monopolistenjäger im 20. Jahrhundert; nun, an der Schwelle zum nächsten, ist Microsoft (MS) an der Reihe. Die endlosen Verhandlungen zwischen dem Software-Giganten und dem US-Justizministerium wurden am Wochenende rüde unterbrochen, und gestern wurde der Krieg offiziell erklärt. Der Bund und 20 Staaten haben ein breites Kartellverfahren gegen den Bill-Gates-Konzern wegen „antikompetitiver Machenschaften“ eingeleitet.

Kommt es auch zum Prozeß, wird er Amerika und den Rest der Welt noch weit bis ins nächste Jahrzehnt in Atem halten. Man denke nur an den bislang spektakulärsten Fall: *United States vs. IBM*. Zum Schluß gab Washington auf und zog die Klage 1982 zurück. Bloß: Dem waren 19 Jahre Ermittlungen und Gerichtsverhandlungen vorangegangen. An die 1000 Zeugen wurden gehört, 17 000 Dokumente vorgelegt. Das Ganze kostete IBM und den Steuerzahler 200 Millionen Dollar, eher eine Milliarde nach heutigem Geldwert.

Worum geht es? Daß über 90 Prozent aller Computer-Betriebssysteme das Microsoft-Emblem tragen? Nein. Daß Windows ein unhandliches, kompliziertes System ist? Das ist nicht justitiabel. Daß Bill Gates unveranschämmt reich ist, also 40 Milliarden-plus besitzt? Auch das ist nicht des Richters Sache. Es geht, wie bei IBM, um Dinge, die juristisch unsäglich schwer zu fassen sind.

Ein Stein des Anstoßes ist der „Microsoft Explorer“, mit dem man im Internet herumstöbern kann. Microsoft will ihn „umsonst“, also als Teil des neuen Windows 98 auf den Markt werfen. Dieser „Browser“ soll entweder raus oder zusammen mit dem des Rivalen Netscape angeboten werden, fordert die Regierung. Aber das ist ein absurdes Verlangen: Wie kann der Staat eine Firma zwingen, etwas *nicht* anzubieten – oder nur zusammen mit dem Produkt des Gegners? Zu Recht haben Marktfans Monopolisten. Aber noch

mehr müßte es sie grämen, wenn Beamte bestimmen, wer was in einer Industrie vermarktet, deren Technologie sich schneller ändert als die Fortüne von SPD-Kanzlerkandidaten.

Andererseits: Bill Gates ist nicht bloß ein netter ewiger Junge. Einer seiner Unterchefs hat 1997 zugegeben: „Wir verschenken einen ziemlich guten Browser als Teil des Betriebssystems. Wie lange kann (Netscape) überleben, wenn es ihn verkaufen muß?“ Ein anderes Beispiel: Sun Microsystems hat die Programmiersprache Java erfunden. Java-Programme könnten auf allen Computern laufen, und zwar unabhängig von Windows. Was tut Microsoft? Es kauft die Lizenz und baut eine MS-Version von Java in Windows ein. Und schon müssen Internet-Programmierer zwischen der „reinen“ und der MS-Abart wählen. Wegen der marktbeherrschenden Position von Microsoft entscheiden sie sich für die letztere, und die strategische Bedrohung durch Sun ist fürs erste entschärft.

Dennoch: Ist das justitiabel – wie weiland, als Standard Oil erst die Konkurrenz in Preiskriegen wegputzte und dann die Preise wieder hochjagte? Das tut Microsoft nicht; eher *kauft* es die Konkurrenz. Microsofts marktbeherrschende Macht ist nicht die, welche Adam Smith einst beklagt hat: „Selten treffen sich Leute aus demselben Gewerbe – es sei denn, um eine Verschwörung gegen die Allgemeinheit mit dem Ziel der Preistreiberi anzuzetteln.“ Das Quasi-Monopol beruht auf dem Faktum, daß Microsoft den *Standard* gesetzt hat – durch DOS, dann durch Windows –, den fast alle Computer benutzen. Wer Microsoft zerschlagen will, müßte just diese „Sprache“ verbieten. Aber wer will einen neuen Turm von Babel? Das wäre genauso idiotisch wie verschieden breite Schienen für den ICE. Oder beliebige Voltstärken im Stromnetz. Hernach müßte abermals ein Standard gesetzt werden, und das Problem begänne aufs neue.

Ob das US-Justizministerium (oder die EU) dieses Dilemma knacken kann? Das ist nicht wahrscheinlich. Eher ist es so, daß die Klage als letzter Knüppel gegen MS fungieren möge, auch wenn der Konzern Milliarden in der Kriegskasse hat. Denn ebensowenig wie IBM möchte sich MS jahrelang verzetteln. Überdies: Die Richter wüßten schon morgen nicht mehr, worum es gestern ging. Denn die Internet-Ära hat gerade erst begonnen, und im Vergleich zu Standard-Oil-Zeiten läuft die Innovation mit Lichtgeschwindigkeit ab. Dieser Krieg kann nur eine Aufgabe haben: zu verhindern, daß Microsoft Innovation verhindert. Das ist nämlich das Feine an der permanenten Techno-Revolution: Der Kaiser von heute könnte schon morgen ganz nackt sein.